



Piratenpartei Graz
Radetzkystrasse 3/1
8010 Graz
0660/1830366

philip.pacanda@piratenpartei.at
steiermark.piratenpartei.at

Gemeinderat Philip Pacanda, BSc. MA.

Donnerstag 13. November 2014

Dringlicher Antrag

(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

der Piraten

Betrifft: Transparente Parteifinanzen - Graz als Vorbild

In letzter Zeit war wieder viel über die Thematik Parteienförderung und Parteienfinanzierung zu lesen. Da und dort eine Partei, die die Wahlkampfkosten überschreitet, dann wieder eine fragwürdige Werbeeinschaltung in einer Zeitung, usw.

Der Europarat¹ hat vor kurzem zwar Österreich für das Transparenzpaket 2012 gelobt, hat aber auch einige Punkte beanstandet, bei denen es Verbesserungsbedarf gibt. Auch hat GRECO (Staatengruppe gegen Korruption) in ihrem Bericht² auf die noch fehlenden Umsetzungen hingewiesen. Insbesondere das Fehlen tatsächlicher, dem Rechnungshof eingeräumter Kontrollbefugnisse, sowie zu hohe Grenzwerte für die sofortige Veröffentlichung von Großspenden (50.000 Euro), sowie für anonyme Spenden (1.000 Euro) und die Bilanzregeln für Bundes-, Landes- und Ortsparteien wurden kritisiert. Hier bräuchte es aus Sicht der Experten bessere Vorgaben, sowie die Pflicht zur Veröffentlichung von Vermögenswerten und Schulden.

Graz könnte hier mit gutem Vorbild voran gehen und eine Vorzeigestadt werden.

¹ <http://derstandard.at/2000006578567/Parteifinanzen-Europarat-lobt-verlangt-aber-mehr-Kontrollmoeglichkeiten>

² https://www.bka.gv.at/Docs/2014/10/7/Greco_Bericht_2014_DE.pdf

Antrag zur dringlichen Behandlung
(gemäß §18 der Geschäftsordnung des Gemeinderats)

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden beauftragt, eine Richtlinie für die transparente Darstellung und Prüfung der Partei- und Klubfinanzen zu erarbeiten und ein dementsprechendes Beschlussstück vorzubereiten.

Darin sollen folgende Punkte enthalten sein:

- Die Finanzen der Parteien, sowie deren Unter- und Vorfeldorganisationen, sowie sämtliche Einnahmen und Ausgaben, sollen mindestens einmal jährlich veröffentlicht werden.
- Neben einer Aufschlüsselung von Ein- und Ausgaben sollen die Parteien unter anderem auch eine Spendenliste, eine Sponsoren- und eine Inseratenliste vorlegen.
- Sie müssen außerdem ihre Beteiligungsunternehmen bekanntgeben und einen Nachweis über die Verwendung der Parteien- und Klubförderung liefern.
- Weiters soll dem Stadtrechnungshof eine Kontrollbefugnis eingeräumt werden, um Einblick in die Parteifinanzen nehmen zu können.
- In dieser Richtlinie sollen auch Sanktionen für die Nichterfüllung der Vorgaben festgelegt werden, wie z.B. Reduktion der Parteien-/ Klubförderung.